

Und wir alle haben nur ein Gefühl der Verpfändung: Es ist tausendfach und millionenfach ausgesprochen worden und läßt sich immer wieder zusammenschließen in einem einzigen Wort, in einem einzigen Bekenntnis: Deutschland — Sieg Heil!

Als der Führer geendet hatte, ging es wie ein Sturm über das weite Feld. Aus dem gewaltigen Heer wogten immer neue Heerzüge zum Führer heran. Dann sangen die Hunderttausende das Deutschlandlied.

Feierliche Ständartenweihe

Auf das Kommando: „Ständarten!“ erstarrten die Sturmtruppen wieder zu einem eburnen Block. Die neuen Ständarten und Fahnen flogen vor. Der Führer wandte sich mit dem Stabschef, dem Reichsführer SS und den Korpsführern des NSKK und NSKK den Ständarten, Feldzeichen und Sturmtruppen zu, die jetzt durch die Weihe mit der Wut ihres Führers durch den Führer erhielten. Es waren 42 SS-Ständarten, darunter zwölf Ständarten der deutschen Ostmark, und unter ihnen auch die Jägerstandarte 3, die den Namen des Händlers der nationalsozialistischen Revolution, Dietrich Eckart, trägt. Unter den 14 SS-Ständarten befand sich eine Wiener Ständarte, die den Namen „Der Führer“ verliehen erhielt. Ferner waren zur Weihe 21 NSKK-Ständarten und 16 Feldzeichen, sowie 104 Sturmtruppen des NSKK angetreten. Das Dröhnen der Salubatterien begleitete die symbolische Handlung, während der sich die Hunderttausende von ihren Plätzen erhoben hatten. Gedämpft klang der unsterbliche Freiheitslied Horst Wessels über das Feld.

Luft: „Zeichen des Glaubens“

Nach der Ständartenweihe trat der Stabschef neben den Führer auf die Kanzel und hielt folgende Ansprache: Meine Kameraden! Der Führer hat die neuen Ständarten geweiht und euch übergeben. Ihr tragt diese Ständarten als Siegeszeichen des Nationalsozialismus zum ersten Male in die Gasse Großdeutschlands. Ihr seid die Ständarten des Glaubens, mit dem ihr dem Nationalsozialismus in Deutschland den Weg bereitet und mit dem ihr, meine Kameraden aus der Ostmark, die ihr zum ersten Male in aller Öffentlichkeit unter uns steht, die Straße frei gemacht habt für das nun vom Führer geschaffene Großdeutschland.

Mein Führer! Ich spreche im Namen der Männer ihrer Sturmabteilungen, die glücklich sind, hier vor Ihnen stehen und gleich an Ihnen vorbeimarschieren zu dürfen, und im Namen der Millionen Kameraden, die traurig und wehen Herzens zu Hause bleiben mußten und diese Stunde nur im Geiste mit uns erleben können, wenn ich Ihnen die Worte zurufe, die wir so oft von jubelnden Massen gehört haben: Wir danken unserem Führer! Heilrufe und Ehrenworte: Wir danken unserem Führer! Durch die Weihe der Ständarten mit der Wut haben wir das Vermächtnis unserer Toten übernommen, unserer Kameraden, die einst in Reich und Glied mit uns marschierten, und die ihre Treue zur Idee und ihren Glauben an Sie, mein Führer, mit ihrem Blute besiegelten. Würdig dieser Toten haben diese Männer in den vergangenen Jahren des Kampfes und des Sieges gelitten, gearbeitet, gekämpft und geehrt.

Wenn Sie Idealisten brauchen, mein Führer, hier stehen sie, und wenn Sie Idealisten brauchen, mein Führer, hier stehen sie, die selbst die Heilrufe freiwillig, unerschütterlich und einlagig ertönen. Sie haben Ihren Glauben, mein Führer, diesen Männern gegeben, und die Männer haben ihn in ihre Herzen aufgenommen, woraus ihn keine Macht der Welt wieder herausreißen kann. (Stürmische Heilrufe.) Das Kommando wird gegeben: Ständarten und Fahnen hoch!

Meine Kameraden! Unsere Parole heißt heute wie immer: Unser Führer! Unser Glaube und unser Gruß und unser Gelübde gilt heute wie immer unserem Führer. Wohl Hitler! Sieg — Heil!

Begeistert wurde das Sieg-Heil auf den Führer von den Hunderttausenden aufgenommen, und in immer neuen Wellen schlug es zu ihm empor. Dann spielten die Musikzüge das Lied des Sängers der nationalsozialistischen Revolution, Dietrich Eckart, „Deutschland erwache“.

Der Führer blickte noch einmal über das Feld der 120.000. Er grüßte die Wut und dankte den Führern seiner Kampfformationen. Unter erneuten unerschütterlichen Randaebungen verließ er den Luitpold-Platz.

Glanzvoller Ausklang

Die festliche Hochstimmung des Nürnberger Parteitagslebens, die sich von Tag zu Tag steigerte, erreichte am Sonntag, dem Ehrentag der Kampfformationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, ihren Höhepunkt. War der Große Appell im Luitpoldplatz das eindrucksvollste Erlebnis für die 120.000 vor dem Führer angetretenen Sturmabteilungsmänner, so war deren anschließender Marsch durch die Stadt der Reichsparteitag und der Vorbemerkung auf dem Adolf-Hitler-Platz ein unvergeßliches Erlebnis für alle Nürnbergsfahrer. In Millionenzahl drängten sie sich in unübersehbaren Reihen in den Straßen, deren festlicher, farbenprächtiger Schmuck sonnenüberflutet von den Glorien und Fronten der alten Häuser leuchtete. Eine heberhafte Begeisterung riß die Herzen aller empor zu dem Hochgefühl des nationalen Stolzes.

Mit allen diesen Millionen jubelnder Menschen in Nürnberg war die ganze Nation zum Bekenntnis des Wirklichkeits gewordenen großdeutschen Gedankens versammelt. „Die Ostmark dankt dem Führer!“ das war der Ruf der Ehrenworte, die sich überall mit den stürmischen Ovationen für den Führer verband. Die Wogen der Liebe eines ganzen, wieder frei und glückselig gewordenen Volkes umbrandeten den größten Deutschen aller Zeiten. Wenn die Arme emporflogen, um den Führer zu grüßen, so war dieser Gruß wie der Treueschwur einer für alle Zeiten verschworenen Volksgemeinschaft. In den Reihen ihrer aktivsten Kämpfer, der Fronttruppe der Bewegung, marschierten auf diesem großdeutschen Parteitags auch die Kameraden im Geiste mit, deren Wutopfer den Weg zur großdeutschen Einigung freigemacht haben. Den ganzen Tag über hallte Nürnberg vom Marschschritt der Sturmabteilungen, der Polizei, der Kampfformationen wider, deren Ehrentag einen prächtigen Verlauf nahm, und das von den früheren Parteitagen gewohnte großartige Bild disziplinierter Geschlossenheit bei weitem übertraf.

Während noch die letzten Formationen auf dem Adolf-Hitler-Platz defilierten, waren einige der vorausmarschierenden Kolonnen bereits auf dem Marsch zum Bahnhof, um am Abend oder in der Nacht die festliche Stadt der Reichsparteitage in Sonderzügen zu verlassen. In den Straßen der Altstadt aber wogte in den Abendstunden ein betagtes Leben und Treiben, das durch die verschiedenen Uniformen und die bunten Trachten der zahlreichen Mädel und Frauen aus der Ostmark von einem großartigen, farbenprächtigen Netz war.

Die Vorschläge Prags

Erledigung der „kritischen Hauptfragen“ versprochen

Der Vorschlag, den die Prager Regierung der Sudetendeutschen Partei übermittelt hat, trägt den Titel „Protokoll über den zwischen der tschecho-slowakischen Regierung und der Sudetendeutschen Partei vereinbarten Verhandlungsmodus hinsichtlich der Regelung der nationalen Angelegenheiten“. Der Vorschlag enthält im wesentlichen folgendes:

1. Zur Regelung einer Einigung wird in der Weise vorgegangen, daß konkret und praktisch die sofortige Erledigung der kritischen Hauptfragen in Angriff genommen wird. Für alle Fragen, welche hier nicht berührt oder konkreter formuliert sind, werden weitere eingehende Verhandlungen vorbehalten.

Hinsichtlich der Frage der öffentlichen Angestellten und Arbeiter besteht Übereinstimmung in dem Sinne, daß der Grundsatz zu gelten hat, daß alle Nationalitäten auf einen ihrem Prozentsatz unter den Staatsbürgern entsprechenden Anteil am Personalstand in der Staatsangestelltenschaft in allen Rangstufen Anspruch haben. Dieser Grundsatz ist für jede künftige Aufstellung neuer Kräfte bindend und gilt für alle Ressorts. Um möglichst rasch einen derartigen Zustand zu erreichen, wird die nationale Proportionalität bei der Annahme neuer Kräfte deutscher Volkszugehörigkeit für die nächsten zehn Jahre in dem Maße günstiger gestaltet werden, daß am Ende dieser Frist der entsprechende Prozentsatz erreicht wird. Es können deutsche Staatsangehörige, die die erforderliche Qualifikation besitzen, aus dem Privatdienst oder freien Berufen in den Staatsdienst aufgenommen werden. Auch vorzeitig pensionierte und entlassene Kräfte können wieder eingestellt werden. Unbeschadet der allgemeinen Aufrechterhaltung des Grundsatzes der Vererbbarkeit der Staatsangestellten auf dem Gebiete der Republik, hat jede Nationalität darauf Anspruch, daß in den einzelnen Verwaltungsgebieten die nationale Zusammensetzung der Staatsangestellten und -arbeiterschaft der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung entspricht.

Eine Paritätskommission

Für die Zusammensetzung der Angestelltenschaft in den Zentralbehörden und in dem Obersten Gericht gilt der gemeinschaftliche Bevölkerungsmaßstab in allen Kategorien und Rangklassen. Unbeschadet der den Nationalitäten zur Wahrung dieser Ansprüche zugehenden Rechte und Rechtsmittel wird beim Ministerratpräsidium für jede Nationalität eine aus Vertretern der Regierung und aus Vertretern der betreffenden Nationalität bestehende Paritätskommission unter Vorsitz eines Staatsbeamten der höchsten Volkszugehörigkeit errichtet. Die Vertreter der Nationalität in der Kommission werden von den Parlamentsmitgliedern derselben Volkszugehörigkeit gewählt. Der Kommission obliegt

a) die Evidenzhaltung (Führung eines ständig auf dem laufenden zu haltenden Verzeichnisses — D. Schriftl.) der der betreffenden Nationalität zugehörigen staatlichen Angestellten,

b) die Überprüfung, ob die Neueinstellungen dem festgesetzten Verhältnis entsprechen,

c) die Prüfung, ob der festgesetzte Teil der Staatsangestellten- und Arbeiterschaft entsprechend den obigen Grundsätzen lokalisiert ist und verwendet wird.

Hinsichtlich der Proportionalität in der öffentlichen Wirtschaft ist vereinbart worden, daß die im Staatsvoranschlag bestimmten Ausgaben und Kredite nach dem nationalen Schlüssel so ausgewiesen und verteilt werden, wie dies dem prozentualen Anteil der einzelnen Nationalitäten in der Staatsbevölkerung entspricht. Bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für den Staat wird der dafür gewidmete Gesamtbetrag auf die inländischen Unternehmungen nach dem nationalen Schlüssel verteilt werden. Beim Ministerratpräsidium wird für jede Nationalität eine aus Vertretern der Regierung und der betreffenden Nationalitäten zusammengesetzte paritätische Kommission unter dem Vorsitz des Präsidenten des Obersten Rechnungskontrollamtes errichtet. Der Kommission obliegt die Prüfung, ob der Grundsatz des Verhältnisses bei den Staatslieferungen und Arbeiten eingehalten wird.

700-Millionen-Hilfe für die deutsche Industrie

Bezüglich der sofortigen wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe für die von der Krise am meisten betroffenen Gebiete und Industriezweige wurde vereinbart, daß die Regierung bis längstens Ende dieses Jahres eine Anleihe in Höhe von einer Milliarde zur Disposition gewähren wird. Von dieser Anleihe werden 700 Millionen auf die deutsche Industrie entfallen.

Bezüglich der innerstaatlichen Sicherheitsorgane gilt der Grundsatz, daß die frühere Regelung wiederhergestellt wird, wonach sich in die Aufgabe der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die staatlichen Sicherheitsorgane (Gendarmerie) mit den lokalen Sicherheitsorganen (Polizei) teilen. Es werden sogleich Maßnahmen dafür getroffen, daß ein entsprechender und normaler Zustand hergestellt und die Frage der wechselseitigen Zusammenarbeit und Verteilung der Kompetenz für die Zukunft abgegrenzt wird.

Bei Benachteiligung wird die Behandlung konkreter Fälle nach ihrer Vorlage einem weiteren Verfahren mit der Regierung vorbehalten.

Das Sprachrecht wird in der Weise neu geregelt werden, daß das bisherige Gesetz zur Herstellung der Gleichberechtigung der Sprachen mit der tschechischen Sprache novelliert wird.

Die Selbstverwaltung

Im Staate wird das Prinzip der nationalen Selbstverwaltung angenommen, während das Gaußsystem verwirklicht wird. Die öffentliche Verwaltung wird von Staats- und Selbstverwaltungsorganen besorgt. Die territoriale Grundlage der Selbstverwaltung ist nach der nationalen Zugehörigkeit der Bevölkerung abzugrenzen. Die nationalen Minderheiten werden durch ein Kurialsystem gesichert werden, und es wird ihnen in den einzelnen Selbstverwaltungsgebieten der Schutz ihrer nationalen Rechte nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit sichergestellt. Die Angehörigen der einzelnen Nationalitäten werden unter den Schutz besonderer Gesetze gestellt. Die Nationalität eines jeden Staatsbürgers wird durch nationale Kataster sichergestellt.

Zur Beweissicherung und wirksamen Vertretung der

Gleichberechtigung der Nationalitäten werden denselben in allen Selbstverwaltungsorganen wirksame Kurialrechte eingeräumt. Zur wirksamen Geltendmachung der Ansprüche der Nationalitäten im Bereiche der Staats- und Selbstverwaltung wird das Gesetz über das Verfabensgericht zweckentsprechend novelliert werden. Kompetenzen und Freiheiten zwischen den Organen der öffentlichen Verwaltung sind durch ein besonderes Gesetz zu entscheiden. Die Gerichte höherer Instanz werden je nach Zweckmäßigkeit in nationale Abteilungen organisiert. Die Vereinbarung bildet in allen ihren Teilen ein unteilbares Ganzes. Die Durchführung der erforderlichen Gesetzesvorlage wird unter Mitwirkung der Vertreter der Sudetendeutschen Partei erfolgen.

Zweitens: Die Maßnahmen in die Sozialversicherung und Krankenkassen sowie ähnliche Einrichtungen werden in Kürze durchgeführt werden.

Drittens: Die Regierung wird allen kompetenten Stellen Weisungen erteilen, daß die Zugehörigkeit zur Sudetendeutschen Partei oder einer ihrer Organisationen sowie zu einer deutschen bürgerlichen Organisation überhaupt den Staatsbürgern in keinem Falle zum Nachteil gereichen soll. Diesem Protokoll ist ein

Ergänzungsprotokoll

als Anlage beigelegt, das drei Punkte enthält. Im ersten verpflichtet sich die Regierung zwecks Durchführung der Neueinstellungen bzw. Wiedereinstellungen dem Präsidenten der Regierung einen Antrag auf Erteilung der Amnestie für gemäßregelte Staatsbeamte vorzulegen.

Wo sind die Garantien?

Die Stellungnahme der Sudetendeutschen. Von sudetendeutscher Seite verlautet zu diesem tschechischen Vorschlag das Folgende:

Es ist unschwer zu erkennen, daß die wesentlichen Forderungen der Sudetendeutschen in diesem Papier in der einen oder anderen Art ihre Behandlung erfahren, wenn auch in mehr oder weniger auffallenden Abwandlungen. War eine der Hauptforderungen Genossenschaftliche Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit der deutschen Volksgruppen in dem gesetzgebenden Organ des tschecho-slowakischen Staates und damit die Sicherung eines gleichberechtigten Einflusses auf die Staatsführung selbst, so ist von irgendeiner Zusage oder gar Festlegung auf diesem lebenswichtigen Gebiete wenig zu finden.

Zerschneidung deutschen Siedlungsgebiets?

Eine weitere entscheidende grundsätzliche Forderung soll eine Regelung finden, die in der vorliegenden Form unmöglich hingenommen werden kann: Es ist dies die Frage der Abgrenzung des deutschen Siedlungsraumes. Gerade die hier vorgeschlagenen Einschränkungen erwecken das ernste Bedenken, ob durch eine künstliche Geometrie nicht deutsches Siedlungsgebiet tschechischen Gebiet zugeeilt werde. Inwiefern die Unabhängigkeit der autonomen Behörden gegenüber den Ansprüchen und Verantwortlichkeiten der tschechischen Zentralbehörden festgelegt und gesichert werden, darüber ist ebenfalls keine eindeutige Garantie gegeben.

Im übrigen kommt es ja nicht allein auf die Grundsätze an, auf denen in Zukunft das Nebeneinanderleben der beiden Volksgruppen ausgerichtet werden soll, sondern angelehnt an zwanzigjährige bittere Erfahrungen auf die praktische Anwendung und die ansäbige Durchführung dieser Leitlinie. Und diese Seite des Problems ist letzten Endes das Entscheidende. Haben doch die Zwischenfälle der allerersten Zeit unsere Forderung nur zu sehr unterstrichen, daß gerade auf dem Gebiete der behördlichen Arbeit die Homogenität zwischen der Volksgruppe und der Staatsverwaltung mit größter Beschleunigung hergestellt werden muß. Nur das Bestehen und das Bewußtsein einer Volksgemeinschaft zwischen Bürger und Behörden wird das unumgängliche notwendige Vertrauensverhältnis herstellen können.

Bei der jetzigen, geradezu unüberbrückbar erscheinenden Kluft zwischen Deutschen und Tschechen erscheint es im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung erforderlich, daß keine Zeit verloren wird, um die von dieser Seite her drohende Gefahr an der Wurzel zu beseitigen, denn die Disziplin der sudetendeutschen Bevölkerung gibt die Gewähr dafür, daß sie mit ihren eigenen Organen in der Lage ist, Ruhe und Ordnung zu sichern. Im übrigen bleibt entscheidend, daß ein so wichtiges und unumgängliches Durchführungsprogramm hergestellt und ungehindert verwirklicht wird.

Von dieser Überzeugung ausgehend muß von sudetendeutscher Seite jedoch zunächst erwartet werden, daß die Seite der Zwischenfälle der letzten Zeit und namentlich von Mährisch-Odrau die atmosphärische Voraussetzungen schafft, die unerlässlich ist, wenn mit Aussicht auf Erfolg weiterverhandelt werden soll.

„Wir wollen Selbstbestimmung!“

Eine sudetendeutsche Abordnung bei Lord Runciman. Lord Runciman empfing Sonntag mittag auf dem Schloß des Grafen Czernin in Petersburg an der Straße Karlsbad—Eger eine Abordnung der Sudetendeutschen Partei unter Führung des Kreisleiters Abg. Bollner. Bollner wurde von einer mehr als 500köpfigen Menschenmenge jubelnd begrüßt. Die Menge sang das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied. Die Unterredung, die anderthalb Stunden dauerte, interessierte Lord Runciman derart, daß er sich das gesamte Aktenmaterial zur Einsicht erbat. Nach Schluß der Vorprache hielt Lord Runciman auf Englisch eine Ansprache an die Volksmenge.

Abg. Bollner dankte in seiner Ansprache erst Lord Runciman für den Empfang. Das Sudetendeutschtum habe, so fuhr dann Bollner u. a. fort, seit den Friedensverhandlungen von St. Germain einen einzigen Leidensweg erlebt. „Als wir im Jahr 1918 in dem Glauben an die vierzehn Punkte Wilsons die Waffen streckten und in die Heimat zurückkehrten, taten wir das in der selbstverständlichen Hoffnung, daß die in den vierzehn Punkten festgelegte Selbstbestimmung auch unserer Völle zugute kommen wird. Wir wurden bitter enttäuscht.“ Bollner schloß dann besonders die